

# Niemand kennt den Königsweg

Parlamentarier sind sich aber beim UBS-USA-Dossier einig: Notrecht ist keine Option

**Mindestens vier Optionen bleiben derzeit im «verkachelten» Dossier der von den USA eingeforderten UBS-Kundendaten. Hätte die Genehmigung des Vertrags mit den USA eine Chance?**

MATHIAS KÜNG

Nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts im Fall UBS-USA ist guter Rat teuer. Was empfehlen Aargauer Parlamentarierinnen und Parlamentarier dem Bundesrat, der morgen Mittwoch über dem Dossier brütet? Und was soll das Parlament selbst tun?

In einem Punkt sind die von dieser Zeitung befragten Parlamentarier einig. An die Herausgabe der UBS-Bankdaten via Notrecht darf der Bundesrat nicht denken. «Notrecht wäre das Dummste. Das könnte bloss in eine neue Sackgasse führen», betont der grüne Nationalrat Geri Müller, früherer Präsident der Aussenpolitischen Kommission. Auch für FDP-Nationalrätin Corina Eichenberger, Mitglied der Geschäftsprüfungskommission (GPK), kommt Notrecht nicht infrage, könnte dies doch neue Probleme präjudizieren. Auch für Nationalrat Max Chopard (SP) steht fest: «Der Rechtsstaat darf auf keinen Fall ausgehebelt werden.» Demgegenüber hätte SVP-Ständerat Maximilian Reimann, ebenfalls GPK-Mitglied, Verständnis gehabt,



«Notrecht wäre das Dummste. Das könnte bloss in eine neue Sackgasse führen»

Nationalrat Geri Müller, Grüne

wenn der Bundesrat ganz am Anfang Notrecht angewendet hätte, statt die Finanzmarktaufsicht (Finma) vorzuschicken. Reimann: «Aber er hatte den Mumm nicht.» Heute, da ist sich Reimann mit den anderen einig, ist es dafür aber zu spät.

Soll die Schweiz versuchen, die USA für Neuverhandlungen zu gewinnen? Reden ist immer gut, tönt es zurück. Doch ob die USA da überhaupt mitmachen würden, vermag niemand zu sagen. CVP-Nationalrätin Esther Egger, Mitglied der Finanzkommission,



«Ich will keine neue, hektische Lösung, die wir dann wieder korrigieren müssen»

Nationalrätin Esther Egger, CVP

und Max Chopard betonen gleichermaßen die Notwendigkeit, eine Lösung zu treffen, die dann wirklich trägt. Chopard verweist zusätzlich auf die Diplomatie. Und Egger wünscht sich Zeit für das Land, um die beste Lösung finden zu können. Egger: «Ich will keine neue, hektisch gefundene Lösung, die wir dann wieder korrigieren müssen.» Auch Corina Eichenberger legt Wert auf eine «sehr sorgfältige Lagebeurteilung – in politischer und juristischer Hinsicht». Geri Müller treibt noch etwas ganz anderes um. Seines Erachtens darf nicht mehr die Rettung der UBS vordringliches Ziel sein. Die Bank sei aufzuteilen. Dabei sei besonders darauf zu achten, die Guthaben der Anleger, etwa ihrer Pensionskassenguthaben, zu sichern. Vom Bundesrat erwartet er, die Führung zu übernehmen. Dabei soll dieser «auf das Management der UBS keine Rücksicht nehmen».

**Bundesrat soll Führung übernehmen**

Auch weitere Parlamentarier fordern bundesrätliche Führung. Chopard spart dabei nicht mit Kritik an Finanzminister Merz: Dieser könne sich nicht einfach hinter dem Gesamtpremium verstecken, schimpft Chopard. Statt sich von den Ereignissen treiben zu lassen und immer nur zu reagieren, müsse Merz das Heft des Handelns endlich in die Hand nehmen.

Und was ist mit dem mit den USA ausgehandelten Staatsvertrag, der Amtshilfe auch in gewissen Fällen von Steuerhinterziehung ermöglicht? Soll das Parlament ihn absegnen? Das zieht Reimann durchaus in Erwägung. Er zweifelt aber an der Mehrheitsfähigkeit dieser Option. Immerhin: Auch Eichenberger und Egger könnten sich diese Option derzeit vorstellen.

Zur Option, das letzten Herbst mit den USA ausgehandelte Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) ins Parlament zu bringen, fügen Egger und Eichenberger unter Verweis auf die Referendumsmöglichkeit bedauernd an,



«Doppelbesteuerungsabkommen könnte nicht rückwirkend gelten»

Nationalrätin Corina Eichenberger, FDP

ten von sich aus ausliefert, ist für Reimann «ausgeschlossen». Sie direkt oder indirekt dazu aufzurufen ebenso.

**Braucht es eine PUK?**

Ist das Geschehene mit einer Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) aufzuarbeiten? Chopard sagt klar Ja: «Transparenz ist immer gut.» Auch Geri Müller will dies, «da bei einer PUK alle antraben müssen». Eichenberger steht hinter dem Entscheid der GPK, der sie selbst angehört. Eine PUK sei derzeit nicht nötig. Eichenberger: «Auch ich bin für Transparenz. Wenn die Aufarbeitung der Ge-

«Merz muss das Heft des Handelns endlich selbst in die Hand nehmen»

Nationalrat Max Chopard, SP

wie lange dieser Prozess dauert. Und Eichenberger betont, das DBA könne natürlich nicht rückwirkend gelten.

**Soll UBS Daten selbst ausliefern?**

Via «Tages-Anzeiger» hat der Aargauer FDP-Nationalrat Philipp Müller eine weitere Variante ins Spiel gebracht. Der bisherige Weg, der aus dem Fall UBS einen Fall Schweiz gemacht habe, sei falsch. Der schwarze Peter sei an die UBS zurückzugeben. Und was soll diese tun? Müller: «Kommt die UBS zum Schluss, die Dossiers müssten übergeben werden, begehrt sie einen Rechtsbruch, und die Verantwortlichen werden zur Rechenschaft gezogen. Damit würde aber die Rechtsstaatlichkeit erhalten bleiben.»

Dieser Vorschlag kommt nicht gut an. Zwar teilen alle seinen Ärger über das frühere UBS-Management, doch würde Egger nicht auf diese «Holhammermethode» setzen. Dass die UBS das Recht bricht, indem sie die Da-



«Dass die UBS von sich aus Daten ausliefert, ist ausgeschlossen»

Ständerat Maximilian Reimann, SVP

schehnisse durch die GPK bis Ende Mai nicht reichen sollte, kann man ja immer noch eine PUK beschliessen.»

## Meiereien



JÖRG MEIER

## Schulen stürmen ans Schützenfest

GESUCHT WERDEN Helfer. Es dürfen natürlich auch Helferinnen sein. Ein paar tausend sollten es schon sein. Denn es gibt viel zu tun am Eidgenössischen Schützenfest in Aarau, wo bekanntlich gegen 50 000 Schützen einen Monat lang schiessen werden.

ABER VORLÄUFIG harzt es noch ziemlich mit der Helfer-Rekrutierung. Ob schon das OK sich unermüdlich einsetzt, sind erst 20 Prozent der Helferposten besetzt. Aufrufe brachten bisher wenig Echo. Hunderte von Vereinen wurden direkt angeschrieben. Ohne grosse Resonanz. In einem persönlichen Brief lud der Bildungsdirektor die Schulen im Westaargau ein, klassenweise ans Fest zu kommen, um mitzuhelfen und Gemeinschaft zu erleben. Auch da war der Rücklauf bisher ernüchternd: Ganze vier Schulklassen haben sich angemeldet. Es ist klar: Es muss etwas gehen. Denn ohne Helfer kein Schützenfest, und so müsste man den Schützen ein Alternativprogramm bieten. Eine Jurawandlung von Aarau nach Frick etwa. Aber ob das gut ankommen würde?

NEIN, HELFER müssen her. Aber woher nehmen? Man müsste Anreize schaffen. Finanziell liegt allerdings nicht mehr drin als 40 Franken pro Tag plus ein T-Shirt. Man könnte die Aargauer SVP bei ihrer Ehre packen und sie darauf aufmerksam machen, dass es eines jeden Schweizers Pflicht sei, an diesem Feste mitzuwirken, und sie an Gottfried Kellers «Fähnlein der sieben Aufrechten» erinnern, das ja just auch in Aarau spielt. Das würde wohl funktionieren.

Zu Hunderten stürmen helfende Schulklassen aber dann das Schützenfest, wenn der Bildungsdirektor Folgendes beschliesst: Lehrpersonen, die ihre Schüler zum Helfen entsenden, müssen die neue Promotionsordnung erst in zwei Jahren anwenden.

joerg.meier@azag.ch

# Tödlicher Unfall auf verschneiter Strasse

53-jährige Autofahrerin geriet in Unterlunkhofen ins Schleudern und prallte seitlich gegen einen Baum

Aufgrund der Schneefälle kam es gestern Morgen auf den Strassen zu mehreren Verkehrsunfällen – in den meisten Fällen blieb es bei Blechschäden. Tragisch endete hingegen ein Selbstunfall bei Unterlunkhofen. Auf der Ausserortsstrecke in Richtung Bremgarten verlor eine 53-jährige Deutsche vor 8 Uhr in einer lang gezogenen Linkskurve die Beherrschung über ihr Fahrzeug, worauf das Auto ins Schleudern geriet und schliesslich mit grosser Wucht gegen einen Baum prallte. Die in der Region wohnhafte Frau verstarb noch an der Unfallstelle.

Nach dem Aufprall war die 53-jährige im Auto eingeklemmt. Die Feuerwehr musste die Verunfallte aus dem Wrack bergen. Die Sanitäter der alarmierten Ambulanz konnten nur noch den Tod der Deutschen feststellen.

Für die Tatbestandsaufnahme musste die Polizei die Ausserortsstrecke sperren. Die Feuerwehr leitete den Verkehr um. Nach 12 Uhr konnte die Strasse wieder für den Verkehr freigegeben werden. (SP1)



EINGEKLEMMT Das Auto der 53-Jährigen prallte bei Unterlunkhofen gegen einen Baum. MICHAEL SPILLMANN

## Nachrichten

### Grenzwacht Einbrecherinnen wurden in Handschellen gelegt

Einem Grenzwächter fiel am letzten Donnerstag ein verdächtiges Fahrzeug auf. Die Baselbieter Polizei konnte es bei der Ausfahrt Frick/Eiken anhalten. Da sich die 18-jährige, die 23-jährige Mazedonierin und die 38-jährige Kroatinerin verhielten, wurden sie in Handschellen gelegt. Die Lenkerin hatte einen gefälschten Führerschein, die anderen waren in mehreren Kantonen wegen Einbrüchen aktenkundig. Gegen sie besteht eine Einreisesperre. (MZ)

INSERAT

**Unsere Datenbanklösungen: Damit Ihre Daten Gewinn abwerfen.**

**Zt Zofinger Tagblatt AG**  
Medien- und Printunternehmen

Zofinger Tagblatt AG  
Henzmännstrasse 20  
4800 Zofingen  
Tel. 062 745 93 93  
www.ztonline.ch